

Sitzungsvorlage

Nr.: 2021/846

Antrag**Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 26.04.2021:
Wohnraum für GeringverdienerInnen erschwinglich machen!**

Kreisausschuss	10.05.2021	TOP 17
Kreistag	17.05.2021	TOP

SOLI-Kreistagsfraktion Lüchow-Dannenberg

26.4.21

Hiermit beantragen wir für den KA am 10.5.21 und den KT am 17.5.21 folgenden TOP:

Wohnraum für GeringverdienerInnen erschwinglich machen!

Aus der Antwort auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag geht hervor, dass die Mieten insbesondere für Haushalte, die ALG II beziehen in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind. Darüber hinaus wurde aus einer anderen Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE deutlich, dass Transferleistungsbezieher in DAN zu fast 50 % Teilbeträge zu ihren Mieten dazu zahlen müssen.

Es wurde seit einiger Zeit das sogenannte „Schlüssige Konzept“ für die Mietpreisermittlung zugrunde gelegt.

Diese Gründe machen es notwendig, Konzept, Mietpreishöhe und -entwicklung zu überprüfen und zu aktualisieren.

Wir bitten für einen entsprechenden Beschluss der Kreisgremien im Vorfeld folgende Fragen zu beantworten:

- 1) Um wieviel sind die Mieten in DAN in den letzten 3 Jahren gestiegen (bitte aufschlüsseln nach Jahren und nach Wohnungsgrößen)
- 2) Wurde inzwischen geklärt, warum die Antwort der Bundesregierung, dass in DAN ca. 50% der Transferleistungsbezieher bei ihren Mieten zuzahlen müssen, sich nicht deckt mit den Aussagen von Jobcenter bzw. Kreisverwaltung?
- 3) Wie und wann werden die durch das „Schlüssige Konzept“ ermittelten Miethöhen aktualisiert?
- 4) Wann ist das das letzte Mal vorgenommen worden?
- 5) Gibt es in DAN Fälle, die ihre Wohnungen räumen mußten, weil ihre realen Mieten die des „Schlüssigen Konzeptes“ überstiegen? Wenn ja wie viele?
- 6) Wieviele Haushalte müssen zu ihren Mieten selbst dazu zahlen, weil ihre Mieten die Sätze des „schlüssigen Konzeptes“ überschreiten? (bitte die letzten 3 Jahre aufschlüsseln)

Ein Beschluss wird aus der Faktenlage kurzfristig entwickelt.

Kurt Herzog

Stellungnahme der Verwaltung:

1) Um wieviel sind die Mieten in DAN in den letzten 3 Jahren gestiegen (bitte aufschlüsseln nach Jahren und nach Wohnungsgrößen)

Hierzu liegen dem Landkreis keine Daten vor, da der Landkreis keine Statistik zu Mietpreisen führt.

2) Wurde inzwischen geklärt, warum die Antwort der Bundesregierung, dass in DAN ca. 50% der Transferleistungsbezieher bei ihren Mieten zuzahlen müssen, sich nicht deckt mit den Aussagen von Jobcenter bzw. Kreisverwaltung?

Wie EKR Löser bereits im KA erläutert hat, gibt es hierfür keine Erklärung.

3) Wie und wann werden die durch das „Schlüssige Konzept“ ermittelten Miethöhen aktualisiert?

Das sog. „schlüssige Konzept“ ist regelmäßig fortzuschreiben. Die nächste Anpassung erfolgt in diesem Jahr.

4) Wann ist das das letzte Mal vorgenommen worden?

Da das schlüssige Konzept erst 2019 erstellt wurde, zum 1.9.2019 in Kraft getreten ist, musste noch keine Fortschreibung erfolgen. Gesetzlich vorgeschrieben ist eine Fortschreibung erst nach 2 Jahren.

5) Gibt es in DAN Fälle, die ihre Wohnungen räumen mußten, weil ihre realen Mieten die des „Schlüssigen Konzeptes“ überstiegen? Wenn ja wie viele?

Es gibt gelegentlich Kostensenkungsverfahren zu den Kosten der Unterkunft (KdU). Es ist sicherlich auch schon dazu gekommen, dass jemand in eine günstigere Wohnung umgezogen ist. Das ist dann auch Sinn und Zweck einer solchen Maßnahme, damit die angemessenen KdU voll übernommen werden. Durch ein Kostensenkungsverfahren wird niemand obdachlos, da kein Zwang zum Auszug entsteht. Entschließt sich jemand, in einer zu teuren Wohnung zu bleiben, muss er aus seinen Regelleistungen dazuzahlen. Die Entscheidung liegt beim Kunden. Eine Statistik darüber, ob zur Kostensenkung ein Umzug angestrebt wurde, besteht nicht.

6) Wieviele Haushalte müssen zu ihren Mieten selbst dazu zahlen, weil ihre Mieten die Sätze des „schlüssigen Konzeptes“ überschreiten? (bitte die letzten 3 Jahre aufschlüsseln)

Diese Anfrage beantwortet z.T. die Statistik im Anhang. Diese stammt aus der Anfrage aus 2020 und enthält folglich keine Werte von 2020.

Anlagen:

Statistik der Bundesagentur für Arbeit
